



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR VERKEHR

Ministerium für Verkehr
Postfach 10 34 52 • 70029 Stuttgart

Per E-Mail an die Abteilungen 4
der Regierungspräsidien
Stuttgart
Karlsruhe
Freiburg
Tübingen

Stuttgart 25.06.2020

Name Mathias Jester

Durchwahl +49 (711) 231-3637

E-Mail Mathias.Jester@vm.bwl.de

Aktenzeichen 2-14/41

(Bitte bei Antwort angeben!)

Landesstelle für Straßentechnik
beim Regierungspräsidium Tübingen

Nachrichtlich per E-Mail:

Landkreistag Baden-Württemberg
Städtetag Baden-Württemberg
Gemeindetag Baden-Württemberg
Rechnungshof Baden-Württemberg
Prüfungsamt des Bundes Stuttgart
Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg
Bauwirtschaft Baden-Württemberg
Ingenieurkammer Baden-Württemberg

COVID 19-Pandemie - Erstattung von Mehrkosten

1. Aktuelles aus dem Vergabe- und Vertragswesen Ausgabe 3/2020 – hier RS des BMVI zur Umsetzung der Baumaßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen während der Corona-Pandemie vom 26.03.2020; Az. 2-14/41
2. Ergänzung zu Aktuelles aus dem Vergabe- und Vertragswesen Ausgabe 3/2020 – hier RS des BMVI zur Umsetzung der Baumaßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen während der Corona-Pandemie vom 02.04.2020; Az. 2-14/41

Anlagen

1. RS COVID 19-Pandemie - Erstattung von Mehrkosten des BMVI vom 22.06.2020, Az. StB 14-/7134.2/005/3337578
2. Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen - Erstattung von COVID 19-Pandemie bedingten Mehrkosten

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten nach der DSGVO finden sich auf der Internetseite des Ministeriums für Verkehr unter „Service“ / „Datenschutz“. Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.

Dorotheenstr. 8 • 70173 Stuttgart (VVS: Charlottenplatz) • Behindertengerechte Parkplätze vorhanden
Telefon 0711 231-5830 • Telefax 0711 231-5899 • poststelle@vm.bwl.de • poststelle@vm.bwl.de-mail.de
www.vm.baden-wuerttemberg.de • www.service-bw.de

Allgemeines

- (1) Aus aktuellem Anlass informiert das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (VM) die Regierungspräsidien über weitere Hinweise zum Thema **Umgang mit Mehrkosten durch zusätzliche Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen auf Grund der Corona-Pandemie.**
- (2) Das BMVI hat mit beiliegendem Rundschreiben den Umgang mit Mehrkosten durch verschärfte Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen auf Baustellen geregelt. Angesichts des Kooperationsgedankens der VOB/B sowie zur Wahrung eines Interessenausgleichs werden die zusätzlichen Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen für den Bereich der Bundesfernstraßen dem § 4 Abs. 1 Nr. VOB/B zugerechnet. Begründet wird dies im Wesentlichen mit dem Umstand, dass die bauablauferschwerenden Schutzmaßnahmen weitestgehend auf öffentlichen Anordnungen beruhen.
- (3) Durch die Ergänzung bzw. die Anpassung der Vergabeunterlagen soll erreicht werden, dass die zusätzlichen Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen zum einen nicht in die Baustellengemeinkosten (BGK) oder die Einheitspreise eingerechnet werden und zum anderen, dass die erforderlichen Maßnahmen nicht dem Wettbewerb unterworfen werden. Zudem sollen diese Kosten nur während der erforderlichen Maßnahmen berücksichtigt werden und nicht während des gesamten Bauvertrages.

Wichtigste Regelungen und weiteres Vorgehen

- (4) **Künftige Ausschreibungen (II RS)**
Die in der Anlage beiliegende „Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen - Erstattung von COVID 19-Pandemie bedingten Mehrkosten“ sind den Ausschreibungen beizulegen. Diese Anlage ist in der Aufforderung zur Angebotsabgabe und im Formblatt „Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen“ zu benennen.

(5) Vergabeverfahren, bei denen die Angebotsfrist noch nicht abgelaufen ist (III RS)

Bei diesen Vergabeverfahren ist durch Nachschreiben die „Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen - Erstattung von COVID 19-Pandemie bedingten Mehrkosten“ sowie die Korrektur der Angebotsaufforderung sowie des „Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen“ zu veröffentlichen. Sofern erforderlich ist die Angebotsfrist zu verlängern.

(6) Bei Vergabeverfahren, in denen die Angebotsfrist bereits abgelaufen ist, ist von den Bietern der engeren Wahl und deren benannten Nachunternehmern eine Erklärung zu verlangen, in welcher Art und in welchem Umfang Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen im Angebot berücksichtigt wurden. Diese Kosten sind bei der Anerkennung von zusätzlichen Kosten für Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen zu berücksichtigen.

(7) Kostenerstattung in laufenden Bauverträgen (IV RS)

Von den Auftragnehmern und deren eingesetzten Nachunternehmern ist, bei Verträgen mit Zuschlagsdatum nach dem 01.04.2020, eine Erklärung zu verlangen, in welcher Art und Umfang der im Angebot berücksichtigten Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen anzugeben sind. Diese Kosten sind bei der Anerkennung von zusätzlichen Kosten für Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen zu berücksichtigen.

(8) In bestehenden Bauverträgen werden die zusätzlichen Kosten für Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen durch die COVID 19-Pandemie in aller Regel nicht berücksichtigt sein. Aus diesem Grund sind die tatsächlich erforderlichen Kosten baustellenscharf zu erstatten. Die in Rechnung gestellten Kosten sind durch Rechnungen für Schutzausrüstung, Nachweis des auf der Baustelle beschäftigten Personals, z.B. durch Bautagesberichte und der sonstigen Aufwendungen, z.B. An- und Abfahrt zur Baustelle zu belegen. Zudem ist darzulegen, dass die Kosten im Angebot nicht kalkuliert wurden.

Anwendung in Baden-Württemberg

- (9) Die Regelungen sind ab sofort bei allen Baumaßnahmen im Geschäftsbereich der Bundesstraßen in der Baulast des Bundes anzuwenden.
- (10) Die Regelungen gelten **nicht** für Baumaßnahmen im Geschäftsbereich der Landesstraßen in der Baulast des Landes.

Schlussbestimmungen

- (11) Dieses Einführungsschreiben wird entsprechend der VwV Re-StB-BW vom 01.07.2008 in die Liste der Regelwerke der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg im Internet- und Intranetangebot der Abteilung Landesstelle für Straßentechnik beim Regierungspräsidium Tübingen im Sachgebiet 16 Bauvertragsrecht im Sachgebiet 16.2 Vergabe- und Vertragsunterlagen und 16.4 Abwicklung von Verträgen eingestellt.

gez. Hollatz



Oberste Straßenbaubehörden
der Länder

Dr. Stefan Krause
Leiter der Abteilung
Bundesfernstraßen

HAUSANSCHRIFT
Robert-Schuman-Platz 1
53175 Bonn

POSTANSCHRIFT
Postfach 20 01 00
53170 Bonn

TEL +49 (0)228 99-300-5000
FAX +49 (0)228 99-300-5177

al-stb@bmvi.bund.de
www.bmvi.de

nachrichtlich:
Bundesanstalt für Straßenwesen

Bundesrechnungshof

DEGES Deutsche Einheit
Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

Fernstraßen-Bundesamt

Die Autobahn GmbH des Bundes

Betreff: COVID 19-Pandemie
hier: Erstattung von Mehrkosten

Bezug: Meine Rundschreiben vom 23. und 30.03.2020
Aktenzeichen: StB 14/7134.2/005/3337578
Bonn, 22.06.2020
Seite 1 von 4

I. Mehrkosten am Bau durch COVID-19

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie führen auch im Bauvertrag zu Mehrkosten auf beiden Seiten des Vertragsverhältnisses. Neben Mehrkosten des Auftraggebers (z.B. Kosten für eine wegen Baustillstand oder -verzögerung länger benötigte Ersatzunterkunft) entstehen auf Seiten der Auftragnehmer Mehrkosten. Zu denken ist an solche durch Wahrung von verschärften Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen (getrennte Anfahrten zur Baustelle, Anpassung der Sozialbereiche und ähnliches), Stillstands- bzw. Verzögerungskosten (Vorhaltekosten für Baugeräte und ähnliches) und anderen (z.B. erhöhte Materialpreise durch gestörte Lieferketten). Andererseits sind auch Kostenentlastungen zu beobachten, z.B. gesunkene Kraftstoff-





Seite 2 von 4

preise oder gesunkene Stahlpreise.

Angesichts des der VOB/B zugrunde liegenden Kooperationsgedankens wird zur Wahrung eines angemessenen Interessenausgleichs der Vertragsparteien für die Ausnahmesituation der COVID-19-Pandemie **für den Bereich des Bundesfernstraßenbaus § 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B** deshalb ergänzend dahingehend ausgelegt, dass die den Auftragnehmer treffenden pandemiebedingten zusätzlichen Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen, die im räumlichen Zusammenhang zur Baustelle stehen, dem Bundesinteresse nach Sicherstellung eines ungestörten Bauablaufs dienen und damit kostenmäßig als Maßnahme im Sinne von § 4 Abs. 1 Nr. 1 VOB/B anzusehen sind.

Die aus dieser Auslegung folgende kostenmäßige Beteiligung des öffentlichen Bauherren Bund an den pandemiebedingten Zusatzkosten der Auftragnehmer trägt zugleich dem Gemeinwohlinteresse an einem möglichst ungestörten Fortgang öffentlicher Baumaßnahmen Rechnung sowie dem Umstand, dass die den Bauablauf erschwerenden Umstände weitgehend auf öffentlichen Anordnungen beruhen, und somit die öffentliche Hand als originärer Verwender der VOB/B besonders in der Verantwortung steht.

II. Handhabung künftiger Ausschreibungen

Bei Bauverträgen, die aufgrund zukünftig eingeleiteter Vergabeverfahren abgeschlossen werden, sind auf Nachweis die tatsächlich erforderlichen Kosten für die in dem neuen Formblatt „Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen – Erstattung von COVID-19-Pandemie bedingten Mehrkosten“ (Anlage) abschließend aufgezählten Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen zu erstatten.

Kosten werden nur erstattet, soweit sie sich im marktüblichen Rahmen halten.

Die Bieter sollen daher zusätzliche Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen **nicht** über die BGK einkalkulieren bzw. Pauschalpreise ohne diese Mehrkosten kalkulieren.

Die Kosten der zusätzlichen Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen werden gemäß Vorstehendem bewusst nicht dem Wettbewerb unterstellt.

Diese Vorgehensweise stellt die Wirtschaftlichkeit der Auftragsvergabe sicher. Sie verhindert, dass Unternehmen Kosten für Zeiträume einkalkulieren, die nur durch die Vertragslaufzeit, nicht aber durch den tatsächlichen Bedarf begrenzt sind, oder Kosten über Risikozuschläge einkalkulieren, um befürchtete weitere Infektionswellen abzufedern. Dadurch würden dem Auftraggeber über die BGK bei langfristig laufenden Bauverträgen auch über die tatsächliche Bedarfszeit hin-



Seite 3 von 4

aus Kosten für derartige Hygienemaßnahmen berechnet.

Zur Erstattung der Mehrkosten ist den Vergabeunterlagen das neue Formblatt „Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen – Erstattung von COVID-19-Pandemie bedingten Mehrkosten“ (Anlage) beizufügen. Dieses ist in die Aufforderung zur Angebotsabgabe und das Formblatt „Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen“ aufzunehmen.

Der Nachweis erfolgt vorzugsweise durch Vorlage von Rechnungen. Zur Erläuterung der Kausalität zwischen Mehrkosten und COVID-19-Pandemie und des Bezugs der entstandenen Mehrkosten zur konkreten Baustelle genügt im Zweifel eine Eigenerklärung des Auftragnehmers. Eine Plausibilitätsprüfung, z.B. anhand von Bautagebüchern oder Bautagesberichten zu den auf der Baustelle eingesetzten Arbeitnehmern sollte erfolgen.

Die in Rechnung gestellten Hygieneartikel sind in jedem Fall auf der Baustelle zu verwenden.

Dem Auftragnehmer sind auch die Kosten zu erstatten, die ein Nachunternehmen unter denselben Voraussetzungen gegen ihn geltend macht.

III. Kostenerstattung bei laufenden Vergabeverfahren

Bei Vergabeverfahren, in denen die Frist für die Angebotsabgabe noch nicht abgelaufen ist, ist das Formblatt „COVID-19-bedingte Mehrkosten“ im Rahmen einer Nachsendung allen Verfahrensteilnehmern zugänglich zu machen und seine Rückgabe mit dem Angebot zu fordern. Gegebenenfalls ist die Angebotsfrist zu verlängern.

Für die Anforderungen an den Nachweis der Mehrkosten gelten die Ausführungen zu Nummer II.

Bei Vergabeverfahren, in denen die Angebotsfrist bereits abgelaufen ist, ist von dem für den Zuschlag vorgesehenen Bieter unter Berücksichtigung der von ihm vorgesehenen Nachunternehmen eine Erklärung über Art und Umfang der im Angebot enthaltenen Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen zu fordern. Die Erklärung ist anhand der Angaben in der Kalkulation beziehungsweise den Preisermittlungsblättern zu überprüfen. Erstattet werden nur solche Kosten für oben genannten Hygiene- und Gesundheitsschutzmaßnahmen, die über die bereits einkalkulierten Kosten hinausgehen.



Seite 4 von 4

IV. Kostenerstattung in bestehenden Bauverträgen

In bestehenden Bauverträgen sind dem Auftragnehmer COVID-19-Pandemie bedingte Mehrkosten entsprechend Nummer II zu erstatten.

Soweit eine Abgrenzung zu ohnedies anfallenden Kosten nicht immer trennscharf möglich ist, ist im Zweifel zu Gunsten des Auftragnehmers zu entscheiden.

Für die Kostenerstattung ist es unerheblich, ob ein Einheitspreis- oder ein Pauschalpreisvertrag abgeschlossen wurde und ob die zusätzliche Kosten verursachende Maßnahme in eigener Verantwortung des Auftragnehmers getroffen oder durch Vorgabe des Bauherrn oder eines von ihm nach § 4 BaustellV beauftragten Dritten angeordnet wurden. Entscheidend ist, dass die zusätzlichen Kosten im Angebot nicht kalkuliert werden konnten.

Für die Anforderungen an den Nachweis der Mehrkosten gelten die Ausführungen zu Nummer II.

V. Weitere Kosten

Sofern der Auftragnehmer Ansprüche auf weitergehende Kostenerstattungen behauptet, gelten die üblichen Darlegungs- und Beweislasten.

VI. Inkrafttreten

Dieses Rundschreiben bitte ich mit sofortiger Wirkung im Bereich des Bundesfernstraßenbaus anzuwenden und gilt bis auf Weiteres.

Im Auftrag

Dr. Stefan Krause

Bezeichnung der Bauleistung:

.....
.....

(wie Aufforderung bzw. EU-Aufforderung zur Angebotsabgabe)

Ergänzung der Besonderen Vertragsbedingungen

Erstattung von COVID-19-Pandemie bedingten Mehrkosten

Erstattung von Mehrkosten, die durch die COVID-19-Pandemie verursacht wurden

Mehrkosten, die aufgrund der COVID-19-Pandemie für die nachfolgenden Maßnahmen, die im räumlichen Zusammenhang zur Baustelle stehen, zusätzlich anfallen, werden nicht über die Einheits- / Pauschalpreise, sondern auf Nachweis erstattet.

Unmittelbare persönliche Hygienemaßnahmen:

- Erweitern von sanitären Anlagen (z.B. zusätzliche Sanitärcontainer), einschließlich erhöhter Verbrauchskosten für Strom und Wasser, soweit der Verbrauch von Strom und Wasser nicht ohnehin vom Auftraggeber getragen wird
- Lokale Desinfektionsvorrichtungen
- Hygienebedingte persönliche Schutzbekleidung (Masken, Handschuhe, u.ä.)
- Hygienemittel

Hygiene unterstützende Maßnahmen:

- Hinweise und Warntafeln
- Anpassen der Sozialbereiche (z.B. zusätzliche Wohncontainer auf der Baustelle)
- Mehraufwand (Anmieten) von Fahrzeugen für den täglichen Personentransport zur Baustelle sowie die Mehrkosten für die Fahrten

Zum Nachweis der entstandenen zusätzlichen Kosten sind vorzugsweise die Rechnungen für die vorgenommenen Maßnahmen, die ggf. auch bei Nachunternehmen erforderlich waren, vorzulegen. Zur Erläuterung der Kausalität zwischen Mehrkosten und COVID-19-Pandemie und des Bezugs der entstandenen Mehrkosten zur konkreten Baustelle genügt im Zweifel eine Eigenerklärung des Auftragnehmers.

Es werden nur solche Kosten erstattet, die sich im marktüblichen Rahmen halten. Hinsichtlich der Erforderlichkeit der Hygienemaßnahmen wird im Zweifelsfall auf die Informationen der Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft (BG BAU) und/oder RKI zurückgegriffen.

Eigenerklärung des Unternehmens

- ☒ Die von mir / uns geltend gemachten Kosten für die o.g. COVID-19-Pandemie bedingten Maßnahmen sind nicht Bestandteil meiner / unserer oder von den Nachunternehmen kalkulierten Einheits- oder Pauschalpreise noch in die Baustellengemeinkosten (BGK) eingerechnet worden.